

Vorschlag für vier Kampagnen, die sich nicht an den Events der Gegenseite(n) abarbeiten, sondern eigene Themen setzen

Ausgehend von den vorgenannten Überlegungen möchte ich vier Themen für Kampagnen, die sich nicht an den Events der Gegenseite(n) abarbeiten, sondern eigene Themen setzen, vorschlagen:

Kampagne 1: Grenzen auf – Arbeitsmarkt auf / Gleiche Rechte für alle

Inhalt: eine Kampagne für die Aufhebung aller gesetzlichen Bestimmungen, nach denen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit besonderer Genehmigung bedürfen, um erwerbstätig zu werden („Aufenthaltstitel, der einem Ausländer die Ausübung einer Beschäftigung erlaubt“ nach [§ 39 Aufenthaltsgesetz](#) / früher: Arbeitserlaubnis nach § 284 SGB III alte Fassung).¹⁶

Ziele:

1.) Politisch-juristisch – Kurzfristig-reformerisch: Abbau der Ungleichberechtigung entlang der Staatsangehörigkeit; langfristig-revolutionär-antirassistisch: ein Schritt zu Überwindung der Kategorisierung von Menschen überhaupt entlang nationaler Zugehörigkeit / Staatsangehörigkeit.

In diesem Sinne könnte eine solche Kampagne auf das Wahlrecht und andere Nicht-Staatsangehörige diskriminierende rechtliche Regelungen ausgeweitet werden.

2.) Ökonomisch und ideologisch: Abbau der ökonomischen Abhängigkeit von Geflüchteten von staatlichen Sozialleistungen und altruistischer Unterstützung von HelferInnen und Abbau der damit verbundenen besonderen Verhaltens- und Dankbarkeitspflichten' (Paternalismus-Falle)

3. Strategisch: Unterlaufen der rechten Rhetorik ‚die Ausländer liegen uns auf der Tasche‘.

Damit eine solche Kampagne nicht zu einer Apologie kapitalistischer Lohnarbeit und bürgerlicher Freiheit und Gleichheit wird, wäre sie zugleich mit einer

Kampagne 2: Für gewerkschaftliche und politische Organisierung zu verbinden

Motto: *Gemeinsam leben – Gemeinsam kämpfen!*

16 Diejenigen, die wollen, könnten eine solche Kampagne auch als Kampagne für die Erstreckung von [Art. 12 I 1 GG](#) („Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“) auf alle EinwohnerInnen der BRD artikulieren. In der parlamentarischen Logik gedacht, hat diese Formulierung freilich den Nachteil, daß die Einführung einer grundrechtlichen Gleichberechtigung einer 2/3-Mehrheit bedürfte, während für eine (freiwillige, parlamentarische) Änderung der einfachen Gesetze (ohne daß damit eine grundrechtliche Pflicht umgesetzt wird) die einfache Mehrheit reicht.

Ziele:

1. ökonomisch: dem Versuch entgegenarbeiten, Zuwanderung für Lohndrückerei zu instrumentalisieren

2. politisch-ideologisch: Überwindung der paternalistischen Konstellation ‚wohlmeinende deutsche UreinwohnerInnen helfen armen Geflüchteten bzgl. Bürokratie, Sprache und mit Lebensmittel‘ durch einen gemeinsamen politischen Kampf

und 3. ganz pragmatisch: Mehr gewerkschaftliche und emanzipatorische, politische Organisation von hier schon Lebenden und Zuwandernden wäre eh sehr wünschenswert und würde das Kräfteverhältnis im Kampf gegen die verschiedenen Herrschenden verändern.

Details:

a) Die Kampagne wäre m.E. als Bündnis für – wahlweise – gewerkschaftliche Organisation in DGB-Gewerkschaften und/oder FAU bzw. IWW zu führen.

b) Sie müßte undokumentiert Arbeitende einschließen; das heißt: Mitgliedschaft unter Pseudonym und bei Barzahlung der Mitgliedschaftsbeiträge müßten Thema und Teil der Kampagne sein.

c) Es müßte noch eine Konzeption entwickelt werden, wie Werbung für gewerkschaftliche und politische Organisation dabei konkret verknüpft wird. Ich denke, auf einer sehr abstrakten Ebene müßte der [BA-Vorschlag](#) ‚gewerkschaftliche Organisation + Orte der kollektiven Reflektion, Analyse und Organisation, die die konkrete Kritik aus und an den Teilbereichen der Gesellschaft und ihren unmittelbaren Zumutungen auf ihr eigentliches gesellschaftliches Niveau hebt und so diese erkennbar und damit abschaffbar macht‘ auch für GenossInnen akzeptabel sein, die (wie auch ich selbst) *keine* [syndikalistische](#) Orientierung vertreten.

Kampagne 3: {nicht besonders gelungener Arbeitstitel und auch als konzeptionelle Idee noch nicht besonders klar: *Geflüchtete schulen hier schon länger oder immer lebende RevolutionärInnen in Sachen Illegalität und BürgerInnenkrieg*}

Während Kampagne 1 und 2 also auf den Punkt „Arbeit“, an dem es den Herrschenden weht tut, zielt, zielt Kampagne 3 auf den Punkt „Staatliches Gewaltmonopol / Bewaffneter Kampf“. Dabei kann es logischerweise nicht darum gehen, daß bei Demos, Veranstaltungen und Kongressen offen auftretende Gruppen Schulungen in Waffenbenutzung anbieten (abgesehen davon, daß ein Großteil der Geflüchteten – und auch der politisch aktiven Geflüchteten – dafür vermutlich nicht kompetent ist) und die meisten hiesigen Linken dafür keinen aktuellen Bedarf haben.

Was m.E. aber sehr wohl sinnvoll wäre, wofür jedenfalls ein Teil der Geflüchteten auch Kenntnisse und Kompetenzen hat und was sich auch noch mit kalkulierbarem Repressionsrisiko *nicht*-klandestin organisieren ließe, wäre:

- Veranstaltungen mit Erfahrungsberichten über's Untertauchen, leben mit falschen Papieren und Grenzen überwinden
- Veranstaltungen zu strategischen Problemen der BürgerInnenkriegs-Führung: Verhältnis von Politischem und Militärischen; Problematik von Kollateralschäden; technologisches Gefälle zwischen staatlichen Armee und Guerillaeinheiten. (Ein entscheidendes Problem in diesem Zusammenhang ist freilich, daß es außer ansatzweise in Rojava in den heutigen BürgerInnenkriegen weitgehend unmöglich ist, auch nur kleinere Übel zu identifizieren).

Auch bei dieser Kampagne ginge es als Nebeneffekt – des theoretischen Effekts die Machtfrage und die Frage der revolutionären Gewalt wieder in die linke Strategiediskussion einzuführen – wiederum um die Überwindung der paternalistischen Konstellation, daß hier schon immer oder jedenfalls längere Zeit Lebende neu Zugewanderten ‚großzügig‘ erklären, wie's hier so mit Sprache, Bürokratie usw. läuft und ihnen ‚hilft‘ damit zurechtzukommen – weil die Rollen von Lehrenden/Helfenden sowie Lernenden/Geholfenen im Rahmen dieser Kampagne umgekehrt würden.

Eine **vierte Kampagne** könnte unter dem Motto „*Kriegs- und Kolonialschulden sind Kollektivschulden*“ versuchen,

- nicht einfach Themenhopping zu betreiben, sondern versuchen, auch in der aktuellen politischen Konjunktur am Thema der Krisenproteste und der NS-Schulden Deutschlands bei Griechenland dranzubleiben und letzteres Thema, ohne NS und Kolonialismus gleichzusetzen, zu einer Forderung nach Reparationen für den europäischen Kolonialismus auszuweiten.
- Freilich könnte diese Forderung keine – mit Unterschriftensammlungen und Petitionen zu verfolgende – realpolitische Forderung an die *heutigen* europäischen sowie weißen, nordamerikanischen und australisch/ozeanischen SiedlerInnenstaaten sein, sondern es wäre der notwendige Beitrag etwaiger postkapitalistischer und postrassistischer Gesellschaften in diesen Gebieten zum Projekt einer kommunistischen Weltgesellschaft.
- Eine solche Kampagne wäre dabei zugleich ideologischer Kampf gegen den Korporatismus und Sozialchauvismus großer Teile der weißen Lohnabhängigen; sie müßte freilich zugleich deutlich machen, daß postkapitalistische und postrassistische Gesellschaften in Europa und Nordamerika nur möglich werden, wenn eine Mehrheit der Lohnabhängigen für einen Bruch mit Korporatismus und Sozialchauvismus gewonnen wird; sie ist also mit Klassenorientierung und Klassenkampf verbinden.